

2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 406 „Hohes Holzfeld“ und 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 408 „Vor dem Dammfeld“

Verfahren gem. § 13a BauGB

Begründung

Abschrift

Projekt: 2. Änderung BP Nr. 406 „Hohes Holzfeld“ und
3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 408
„Vor dem Dammfeld“
Projektnummer: 0312-22-018
Auftraggeber: Stadt Pattensen
Datum: 10.01.2023
Autor i.V. Alexander Derksen
Document Reference: Q:\HAJ01\PI\03_PG\0312\Pro\0312-22-018-
Pattensen_BP_Kita_Huepede

Inhaltsverzeichnis

1.	Allgemeines	5
1.1	Planungserfordernis	5
1.2	Räumlicher Geltungsbereich	6
1.3	Rechtliche Grundlagen	7
1.4	Planungsrechtliche Ausgangssituation.....	8
2.	Übergeordnete Vorgaben und Fachplanungen.....	9
2.1	Landesraumordnungsprogramm Niedersachsen (LROP)	9
2.2	Landschaftsrahmenplan	12
2.3	Schutzgebiete (NSG, LSG, Natura 2000)	14
2.4	Geschützte Landschaftsbestandteile / besonders geschützte Biotope nach § 29/30 BNatSchG	14
2.5	Flächennutzungsplan	14
3.	Städtebauliche Bestandsaufnahme.....	15
3.1	Städtebauliche Situation.....	15
3.2	Alternativbetrachtung	15
3.3	Verkehrliche Situation	16
3.4	Ver- und Entsorgungsleitungen.....	16
3.5	Emissionen	16
4.	Inhalte des Bebauungsplanes	17
4.1	Städtebauliche Zielsetzung	17
4.2	Art der baulichen Nutzung	17
4.3	Maß der baulichen Nutzung	17
4.4	Bauweise, überbaubare Grundstücksflächen	19
5.	Ver- und Entsorgung	21
5.1	Wasserversorgung	21
5.2	Stromversorgung	21
5.3	Abfallbeseitigung	21
5.4	Abwasserbeseitigung	21
5.5	Oberflächenentwässerung	21
5.6	Brandschutz.....	22
6.	Hinweise	23
6.1	Kampfmittel.....	23
6.2	Artenschutzrechtliche Vermeidungsmaßnahmen / Sicherungsmaßnahme	23
6.3	Denkmalschutz	24
6.4	Brand- und Katastrophenschutz.....	24
6.5	Baum- und Vegetationsschutz	25
7.	Umweltbelange	26

7.1	Klimaschutz	26
7.2	Umweltprüfung	26
7.3	Abarbeitung der Eingriffsregelung.....	26
7.4	Artenschutzrechtliche Belange.....	26
7.5	Artenschutzrechtliche Potenzialabschätzung nach § 44 BNatSchG.....	27
7.6	Artenschutzrechtliche Potenzialabschätzung nach § 19 BNatSchG.....	35
8.	Auswirkungen der Planung	38
8.1	Verkehrerschließung	38
8.2	Belange der archäologischen Denkmalpflege.....	38
8.3	Auswirkungen auf Schutzgüter.....	38
8.4	Kosten	40

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Lageplan – unmaßstäbliche Darstellung (Kartengrundlage LGLN)	6
Abb. 2: Lageplan – unmaßstäbliche Darstellung (Kartengrundlage LGLN)	7
Abb. 3: Auszug des Regionalen Raumordnungsplanes der Region Hannover (unmaßstäbliche Darstellung)	12
Abb. 4: Auszug des Flächennutzungsplanes der Stadt Pattensen (unmaßstäbliche Darstellung)	14
Abb. 5: Biotoptypenbestand (eigene Darstellung)	36
Abb. 6: Biotoptypenbestand – Legende (eigene Darstellung)	37

1. Allgemeines

1.1 Planungserfordernis

Die Stadt Pattensen hat im Ortsteil Hüpede den Bedarf die bestehende Kindertagesstätte zu erweitern. Hintergrund ist eine positive Bevölkerungsentwicklung sowie der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz (vgl. Kinderförderungsgesetz – KifÖG). Hervorgehend aus einer anhaltend positiven Bevölkerungsentwicklung besteht nun das Planungserfordernis, für den Ortsteil Hüpede den bestehenden Kindergarten am Karl-Simrock-Weg baulich zu erweitern, sodass die künftigen Bedarfe bedient werden können. Dazu sind die bestehenden Bebauungspläne planungsrechtlich anzupassen. Hierzu werden folgende Planungsziele formuliert:

- Schaffung von Planungsrecht für die Erweiterung des bestehenden Kindergartens
- Sicherstellung der Daseinsvorsorge im Hinblick auf die sozialen Einrichtungen für den Ortsteil Hüpede

Die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 406 „Hohes Holzfeld“ und 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 408 „Vor dem Dammfeld“ soll den Bedarf im Ortsteil Hüpede gerecht werden und eine nachhaltige Entwicklung des Ortsteils unterstützen. Dazu dient die ca. 0,27 ha große Fläche zur Erweiterung des bestehenden Kindergartens.

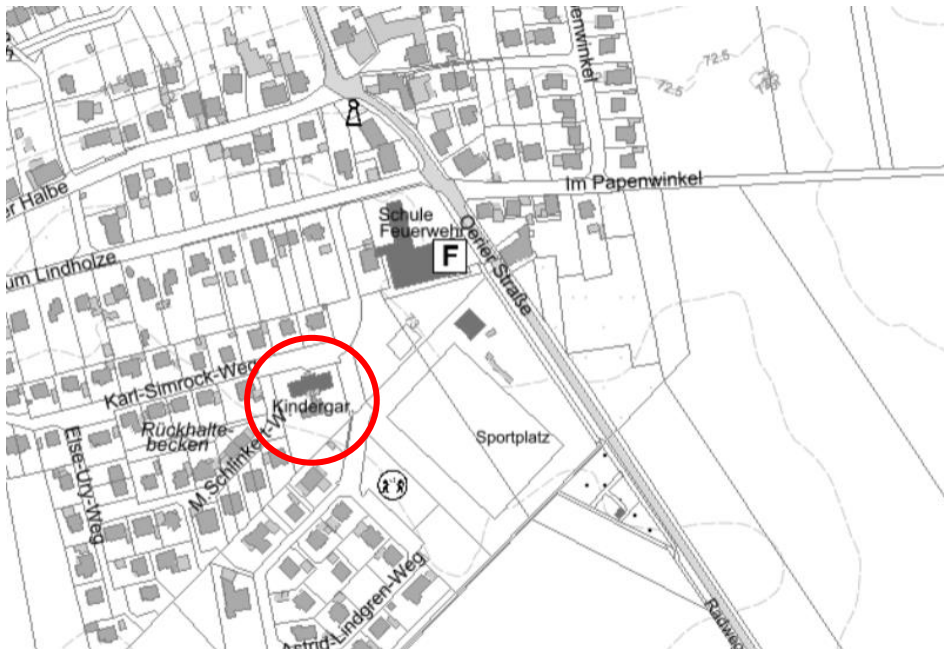


Abb. 1: Lageplan – unmaßstäbliche Darstellung (Kartengrundlage LGLN)

1.2 Räumlicher Geltungsbereich

Der Planbereich liegt in der Stadt Pattensen am südlichen Ortsrand von Hüpede. Die Kindertagesstätte befindet sich westlich des Astrid-Lindgren-Wegs sowie südlich des Karl-Simmrock-Weges und östlich des Martha-Schlinkert-Wegs. Die genauen Gebietsgrenzen sind der Planzeichnung des Bebauungsplanes zu entnehmen. Die Größe des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes beträgt ca. 0,27 ha gliedert sich wie folgt:

ca. 0,26 ha	Gemeinbedarfsfläche
ca. 0,01 ha	Öffentliche Verkehrsfläche



Abb. 2: Lageplan – unmaßstäbliche Darstellung (Kartengrundlage LGLN)

1.3 Rechtliche Grundlagen

Die Aufstellung des Bebauungsplanes erfolgt auf Grundlage des Baugesetzbuches (§ 13 a BauGB) vom 03. November 2017 in der zuletzt geändert durch das Gesetz vom 10. September 2021. Da das Plangebiet die prinzipiellen Voraussetzungen des § 13 a BauGB erfüllt (Wiedernutzbarmachung von Flächen, Nachverdichtung Maßnahme der Innenentwicklung), kann der Planungsprozess in der vorgenannten Verfahrensart durchgeführt werden. Die bauliche Erweiterung des bestehenden Kindergartens ist hier im direkten räumlichen und baulichen Zusammenhang mit dem Ortsteil Hüpede zu sehen und dient somit der Innenentwicklung als Nachverdichtungsmaßnahme.

Im Zusammenhang mit diesem Tatbestand wird laut § 13 Abs. 3 BauGB auf eine Umweltprüfung, einen Umweltbericht sowie eine zusammenfassende Erklärung verzichtet. Ebenso ist eine Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung nicht notwendig.

Zur Wahrung der Umweltbelange ist jedoch eine artenschutzrechtliche Potenzialabschätzung sowie eine Prüfung von Fledermausvorkommen erfolgt.

Der Geltungsbereich besitzt eine Größe von ca. 0,27 ha. Unter der Berücksichtigung des Abzugs von Erschließungsflächen, die als solche im Bebauungsplan festgesetzt werden, wird bei einer Festsetzung von einer GRZ von 0,4 die maximal zulässig überbaubare Fläche von 20.000 qm nicht überschritten. Die Rahmenbedingungen zur Durchführung des Bebauungsplanes gem. § 13 a Abs. 1 Nr. 1 BauGB sind somit erfüllt bzw. werden durch entsprechende Festsetzungen berücksichtigt.

1.4 Planungsrechtliche Ausgangssituation

Für den Geltungsbereich der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 406 „Hohes Holzfeld“ und 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 408 „Vor dem Dammfeld“ liegen aktuell die oben genannten Bebauungspläne in Form der vorangegangenen Änderungen vor. Die Dreiecksfläche liegt auf dem Flurstück 40/79 und setzt innerhalb der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 408 „Vor dem Dammfeld“ eine Gemeinbedarfsfläche mit der Zweckbestimmung „Kindergarten“ fest.

Durch den vorliegenden Bebauungsplan sollen die Änderungen in einen Geltungsbereich zusammengefasst und damit planungsrechtlich vereinheitlicht werden, sodass die Erweiterung der Kita realisiert werden kann.

2. Übergeordnete Vorgaben und Fachplanungen

Der § 1 (4) BauGB bindet die Träger der Bauleitplanung – die entscheidenden Akteure bei der Veränderung der Raumstruktur – an Ziele der Landes- und Regionalplanung.

Die Ziele und Grundsätze des Landesraumordnungsprogramms Niedersachsen als Ebene der Landesplanung sowie das Regionale Raumordnungsprogramm der Region Hannover 2016, als Ebene der Regionalplanung, sind zu beachten bzw. zu berücksichtigen.

Die übergeordneten Vorgaben der Landes- und Regionalplanung sind Gegenstand der vorliegenden Plankonzeption.

2.1 Landesraumordnungsprogramm Niedersachsen (LROP)

Der § 1 (4) BauGB bindet die Träger der Bauleitplanung – die entscheidenden Akteure bei der Veränderung der Raumstruktur – an die Grundsätze und Ziele der Landes- und Regionalplanung.

Das wirksame **Landes-Raumordnungsprogramm Niedersachsen** ist am 8. Mai 2008 in Kraft getreten und hat danach bereits mehrere Änderungen erfahren. Seine letzte Änderung ist am 17. Februar 2017 in Kraft getreten (Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz 2017).

Die übergeordneten Vorgaben des Landes-Raumordnungsprogramms sind Gegenstand der vorliegenden Plankonzeption.

Nachfolgend erfolgt eine Bewertung der Grundsätze und Ziele, die für die vorliegende Planung relevant sind:

Kapitel 1.1 „Entwicklung der räumlichen Struktur des Landes“:

Grundsatz 03: „Die Auswirkungen des demografischen Wandels, die weitere Entwicklung der Bevölkerungsstruktur und die

räumliche Bevölkerungsverteilung sind bei allen Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen.“

Bewertung:

Die Schaffung von Einrichtungen zur Kinderbetreuung, in diesem Fall die Erweiterung eines bestehenden Kindergartens, entspricht diesem Grundsatz in vielerlei Hinsicht. Die positive Bevölkerungsentwicklung führt auch zum Zuzug von Familien mit Kindern, welche einen Anspruch auf eine entsprechende Versorgung haben. Durch die Erweiterung der Kindertagesstätte kann hier eine nachhaltige Entwicklung des Ortsteils Hüpede gesichert werden. Zusätzlich bietet es die Möglichkeit aus Sicht der Daseinsvorsorge ggfs. weitere Siedlungsflächen auszuweisen bzw. Wohnraum zu schaffen, um dem demografischen Wandel entgegenzuwirken.

Kapitel 2.1 „Entwicklung der Siedlungsstruktur“:

Grundsatz 06: „Planungen und Maßnahmen der Innenentwicklung sollen Vorrang vor Planungen und Maßnahmen der Außenentwicklung haben.“

Bewertung:

Die Erweiterung des bestehenden Kindergartens entspricht den Zielen, der Nutzung von Innenentwicklungspotenzialen in vollem Umfang. Es werden keine neuen Flurstücke aus landwirtschaftlicher Nutzung beansprucht, sondern nur bestehende, bereits von sozialen Einrichtungen genutzte Grundstücke, nachverdichtet, entsprechend des § 13 a BauGB.

Kapitel 3.1.1 „Elemente und Funktionen des landesweiten Freiraumverbundes, Bodenschutz“:

Grundsatz 04: „Böden sollen als Lebensgrundlage und Lebensraum, zur Erhaltung der biologischen Vielfalt und in ihrer natürlichen Leistungs- und Funktionsfähigkeit gesichert und entwickelt werden. Flächenbeanspruchende Maßnahmen sollen dem Grundsatz des sparsamen Umgangs mit Grund und Boden entsprechen; dabei sollen Möglichkeiten der Innenentwicklung und der Wiedernutzung brachgefallener Industrie-, Gewerbe- und Militärstandorte genutzt werden. Böden, welche die natürlichen Bodenfunktionen und die Archivfunktionen in besonderem Maß erfüllen, insbesondere Böden mit einer hohen Lebensraumfunktion, sollen erhalten und vor Maßnahmen der Siedlungs- und Infrastrukturentwicklung besonders geschützt werden.“

Bewertung:

Mit Grund und Boden soll sparsam umgegangen werden. Deshalb werden die bestehenden Flächen behutsam mit der Erweiterung des Kindergartens entwickelt. Somit wird das Grundstück, welches bereits zuvor Funktionen der Daseinsvorsorge erfüllte, auch weiterhin Funktionen der Daseinsvorsorge

tragen. In diesem Fall sozialen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen mit der Zweckbestimmung „Kindergarten“. Es werden keine Flächen beansprucht, die nach den Darstellungen des Flächennutzungsplanes als landwirtschaftlich Flächen dargestellt werden, sodass kein zusätzlicher Grund und Boden herangezogen werden muss.

Kapitel 3.2.1 „Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei“:

Grundsatz 01: „Die Landwirtschaft soll in allen Landesteilen als raumbedeutsamer und die Kulturlandschaft prägender Wirtschaftszweig erhalten und in ihrer sozioökonomischen Funktion gesichert werden.“

Bewertung:

In die Belange der Landwirtschaft wird nicht eingegriffen. Da der Kindergarten bereits im Bestand ist und lediglich erweitert wird. Es sind keine Konflikte zwischen der landwirtschaftlichen Nutzung und der Nutzung von öffentlichen Daseinsvorsorgeeinrichtungen erkennbar.

Zielkonflikte mit den Vorgaben des wirksamen Landes-Raumordnungsprogramms sind nicht zu erkennen.

Das Regionale Raumordnungsprogramm (RROP) der Region Hannover (2016) konkretisiert das LROP auf regionaler Ebene. Der Ortsteil Hüpede wird als „Ländlich strukturierte Siedlung mit Ergänzungsfunktion Wohnen“ bezeichnet. Das vorliegende Plangebiet wird im Zusammenhang des bestehenden Siedlungskörpers als „vorhandene Bebauung / bauleitplanerisch gesicherter Bereich“ zeichnerisch dargestellt und als nachrichtliche Darstellung übernommen.

Die Beschreibungen lauten dabei:

2.1.4.02 Entwicklung ländlich strukturierter Siedlungen

In den „ländlich strukturierten Siedlungen mit Ergänzungsfunktion Wohnen“ ist eine Siedlungsentwicklung über die Eigenentwicklung (siehe Abschnitt 2.1.4 Ziffer 03) hinaus möglich. Der Umfang der Siedlungsflächenerweiterung ist mit der Tragfähigkeit der örtlichen infrastrukturellen Grundversorgungseinrichtungen (Kindertagesstätten, Grundschulen, Senioreneinrichtungen etc.) abzugleichen und darf nicht die Entwicklung der Siedlungsschwerpunkte (siehe Abschnitt 2.1.3 Ziffer 01) beeinträchtigen.

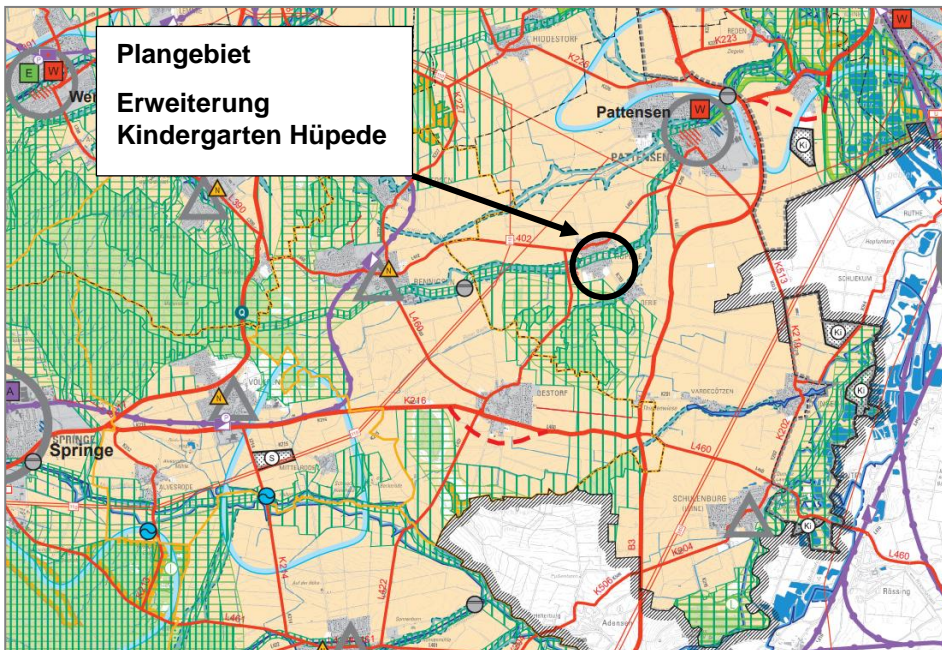


Abb. 3: Auszug des Regionalen Raumordnungsplanes der Region Hannover (unmaßstäbliche Darstellung)

Zielkonflikte mit den Vorgaben des Landes-Raumordnungsprogramms sind nicht zu erkennen.

2.2 Landschaftsrahmenplan

Gemäß des Landschaftsrahmenplans der Region Hannover (2013) liegt das Plangebiet in der naturräumlichen Region Nr. 7 „Börden“ und der naturräumlichen Unterregion Nr. 521.03 „Pattenser Ebene“.

Darüber hinaus können dem Landschaftsrahmenplan der Region Hannover (2001) folgende Zielsetzungen entnommen werden:

4.2.2 Ziele für das Schutzgut Landschaftsbild

- Insbesondere in Landschaftsteilräumen mit sehr geringer und geringer Bedeutung für das Landschaftsbild sind Maßnahmen zur Aufwertung und damit zur Erhöhung des Erholungswertes der Landschaft durchzuführen. Bei Projekten in diesen Räumen, die weitere Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes bewirken können, sind dabei räumliche Bezüge zu anderen, günstigeren Bereichen ebenso zu beachten, wie die in weiten Teilen hohe visuelle Empfindlichkeit dieser weit einsehbaren, weil strukturärmeren Räume.

4.2.3 Ziele für das Schutzgut Boden

- Die Inanspruchnahme von Boden (Versiegelung, Bodenabbau) als knappes, nicht vermehrbare Schutzgut ist zu vermeiden bzw. zu reduzieren (flächensparendes Bauen, also z.B. Nachverdichtung und Vermeidung flächenzehrender Bauformen wie Einfamilienhausbebauung,

Wiedernutzbarmachung von Flächen durch Flächenrecycling und Entsiegelung). Mit Boden ist gemäß der „Bodenschutzklausel“ (§ 1a BauGB) sparsam und schonend umzugehen.

- Insbesondere Böden mit besonderer ökologischer und landschaftlicher Bedeutung sind zu erhalten und von beeinträchtigenden Nutzungen freizuhalten: Böden mit Archivfunktion, Extremstandorte mit hohem Biotopentwicklungspotenzial, also in der Region z.B. Moore und weitere mittelfeuchte bis nasse und nährstoffarme Standorte in der Hannoverschen Moorgeest sowie Kalkrendzinen im Bergland und auf einigen Hügelkuppen im Planungsraum Börde-West, Böden mit hohem Natürlichkeitsgrad (alte Waldstandorte, schwerpunktmäßig im Planungsraum Bergland und zu geringen Anteilen in Landschaftsrahmenplan – Region Hannover 467 den Fuhrberger Wäldern im Planungsraum Geest-Ost), seltene Böden (Rendzinen, Erdniedermoor- und Erdhochmoorböden, Podsole, Binnendünen in den Naturräumen Hannoversche Moorgeest und Untere AllerTalsandebene) sowie Böden mit hoher natürlicher Bodenfruchtbarkeit (schwerpunktmäßig im Naturraum Calenberger Lössbörde und der Leineauvorkommend).
- Vermeidung und Reduzierung von Bodenbeeinträchtigungen durch Verdichtung, Erosion, Schadstoffeinträge, nicht standortgerechte landwirtschaftliche Nutzungen

4.2.4.1 Ziele für das Schutzgut Grundwasser

- Unbeeinträchtigte Grundwasservorkommen sind vorrangig zu sichern, vorhandene Beeinträchtigungen soweit wie möglich zu verringern.
- Grundwassergefährdende Nutzungen sind zu vermeiden, insbesondere in verschmutzungsempfindlichen Bereichen.
- Schad- und Nährstoffeinträge aus Landwirtschaft, Siedlungen, Deponien und Bodenabbau sind zu vermeiden bzw. zu verringern. Es ist eine grundwasserschonende Nutzung von Ackerflächen, insbesondere in Bereichen mit hoher Grundwasserneubildungsrate bzw. hoher Nitratauswaschungsgefährdung, anzustreben. Grundwassergefährdende Altlasten sind zu sanieren.
- Eine den natürlichen Standortbedingungen entsprechende Grundwasserneubildungsrate ist zu sichern. Insbesondere in Bereichen mit hoher Grundwasserneubildungsrate sollte auf Überbauung von Flächen verzichtet bzw. die Reduzierung der Grundwasserneubildung durch Versickerungsmaßnahmen vermieden werden.
- Grundsätzlich ist die Regenwasserversickerung in Siedlungsbereichen zu fördern.
- Die mengenmäßige Nutzung der Grundwasservorkommen hat angepasst an die Regenerationsfähigkeit zu erfolgen. Es sollten nur Mengen genutzt werden, die durch Regeneration neu entstehen.

Bewertung:

Die wesentlichen Zielsetzungen aus dem Landschaftsrahmenplan werden im Rahmen der Erweiterung der bestehenden Kindertagesstätte berücksichtigt.

Der Flächenverbrauch wird auf das notwendigste Maß reduziert und die vorhandenen Erschließungen können genutzt werden.

Zielkonflikte mit den Vorgaben des Landschaftsrahmenplanes sind nicht zu erwarten.

2.3 Schutzgebiete (NSG, LSG, Natura 2000)

Innerhalb des Plangebietes sind keine Schutzgebiete oder geschützte Teile von Natur und Landschaft festzustellen. Auch die unmittelbar angrenzenden Bereiche weisen keine Schutzgebiete und auch keine geschützten Teile von Natur und Landschaft auf (siehe Landschaftsrahmenplan 2013).

2.4 Geschützte Landschaftsbestandteile / besonders geschützte Biotope nach § 29/30 BNatSchG

Innerhalb des Plangebietes sind keine gesetzlich geschützten Landschaftsbestandteile/besonders geschützte Biotope nach § 29/30 BNatSchG zu verzeichnen. Darüber hinaus sind auch keine dieser geschützten Bereiche in der naheliegenden Umgebung festzustellen (siehe Landschaftsrahmenplan 2013).

2.5 Flächennutzungsplan

Der wirksame Flächennutzungsplan der Stadt Pattensen vom 13.10.2011 stellt für den Geltungsbereich der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 406 „Hohes Holzfeld“ und 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 408 „Vor dem Dammfeld“ im Ortsteil Hüpede eine Wohnbaufläche und für die Dreiecksfläche eine öffentliche Grünfläche dar. Die Darstellungen im Flächennutzungsplan sind in der Folge der verbindlichen Bauleitplanung als Gemeinbedarfsfläche mit Zweckbestimmung des Kindergartens darzustellen und damit zu berichtigen.

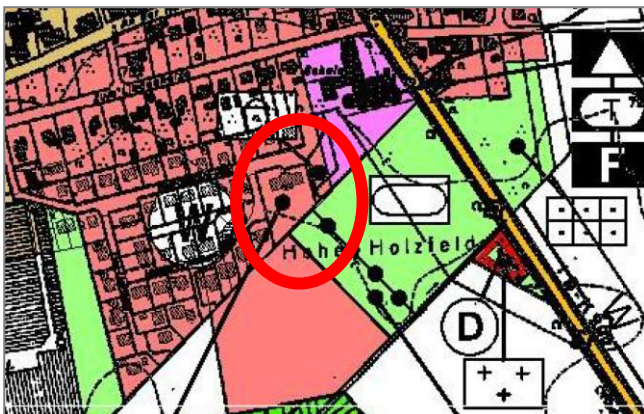


Abb. 4: Auszug des Flächennutzungsplanes der Stadt Pattensen (unmaßstäbliche Darstellung)

3. Städtebauliche Bestandsaufnahme

3.1 Städtebauliche Situation

Zum Zeitpunkt der Aufstellung des vorliegenden Bebauungsplanes ist die Flächen im Geltungsbereich von der bestehenden Nutzung als Kindertagesstätte geprägt. Diese liegt südlich im Ortsteil Hüpede westlich der Sportanlagen der Sp.Vg. Hüpede/Oerie e.V. und östlich von Wohnbebauung eingebettet. Aufgrund von Mehrbedarfen ist eine Erweiterung der Kindertagesstätte notwendig. Diese lässt sich auf dem bestehenden Grundstück realisieren und fügt sich durch die vorgeprägte Nutzung passend in das bestehende städtebauliche Gefüge ein.

3.2 Alternativbetrachtung

Innerhalb des Ortsteils Hüpede der Stadt Pattensen wurden keine weiteren alternative Entwicklungsmöglichkeiten geprüft. Dies liegt darin begründet, dass die Flächen bereits als Gemeinbedarfsflächen für die Kindertagesstätte genutzt wird. Aufgrund dessen, dass die Erweiterung der Kindertagesstätte auf demselben Grundstück realisiert werden kann, bestand keine Notwendigkeit andere Flächen zu suchen. Durch die Erweiterung des Bestands im Innenbereich des Ortsteils Hüpede muss kein zusätzlicher Boden, beispielsweise der Landwirtschaft entnommen werden, wodurch der Flächenverbrauch gemindert wird.

Durch den gewählten Festsetzungskatalog soll erreicht werden, dass für die Erweiterung des bestehenden Kindergartens im Ortsteil Hüpede der Stadt Pattensen die planungsrechtliche Voraussetzung geschaffen wird. Darüber hinaus entspricht die eingeschossige Bauweise der umgebenden Bebauung und fügt sich damit problemlos ein. Zudem bietet die moderate Grundflächenzahl ausreichend Flexibilität bei der Erweiterung des Kindergartens sowie den Freiflächenanlagen. Auf diese Weise soll ein flexibles und bedarfsgerechtes Baurecht entstehen.

Die Aufstellung der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 406 „Hohes Holzfeld“ und 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 408 „Vor dem Dammfeld“ erfolgt im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a Abs. 1 Nr. 1 BauGB. Dafür sind folgende Gründe relevant:

- Die maximal erreichbare zulässig überbaubare Fläche innerhalb des Bebauungsplanes wird durch die Festsetzungen der GRZ definiert. Unter Berücksichtigung der Flächengröße und des Festsetzungskanons bleibt die maximal überbaubare Fläche unter 5.000 m²
- Bei dem Vorhaben handelt es sich um die Schaffung von Baurecht für die Zulässigkeit einer Erweiterung eines Kindergartens. Es wird eine Gemeinbedarfsfläche sozialen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen mit Zweckbestimmung Kindergarten festgesetzt.
- Die Flächen sind Bestandteil im Zusammenhang bebauter Ortsteile und weisen bereits öffentlichen Nutzungen auf, konkret der Daseinsvorsorge dienenden Gebäuden (Kindergarten).
- Es bestehen keine Anhaltspunkte für eine Beeinträchtigung der in § 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchstabe b BauGB genannten Schutzgüter, da sich Bereiche solcher Schutzgüter nicht in räumlicher Nähe des überplanten Bereiches befinden.

Somit sind die Voraussetzungen für die Anwendung des beschleunigten Verfahrens im Sinne des § 13a Abs. 1 Nr. 1 BauGB eingehalten.

3.3 Verkehrliche Situation

Die Erschließung des Betrachtungsgebietes erfolgt über die nördlich verlaufende öffentliche Verkehrsfläche „Karl-Simmrock-Weg“.

3.4 Ver- und Entsorgungsleitungen

Das Gebiet ist durch die Bestandsbebauung des Kindergartens bereits an Regen- und Schmutzwasserkanäle erschlossen. Die Erweiterung des Kindergartens wird entsprechend innerhalb der öffentlichen Verkehrsfläche an die vorgesehenen Kanäle anschließen können, sodass die Ver- und Entsorgung des Kindergartens gesichert ist.

3.5 Emissionen

Innerhalb des Gebietes und in den unmittelbar angrenzenden Bereichen sind keine, der Nutzung eines Kindergartens widersprechenden und emissionsträchtigen Betriebe oder Ansiedlungen vorhanden.

4. Inhalte des Bebauungsplanes

4.1 Städtebauliche Zielsetzung

Der Bebauungsplan verfolgt das Ziel, der stetig wachsenden Bevölkerung des Ortsteils eine entsprechende Kinderbetreuung anzubieten. Dazu wird die Erweiterung des Kindergartens im Ortsteil Hüpede dringend benötigt. Die Flächen sind bereits in Gemeinbedarfsnutzung und werden in guter Erreichbarkeit im Ort fortentwickelt. Innerhalb des Plangebietes wird der Kindergarten als Zweckbestimmung planungsrechtlich gesichert, sodass die Stadt Pattensen Ihrer Aufgabe einer sichergestellten Kinderbetreuung gerecht werden kann.

4.2 Art der baulichen Nutzung

4.2.1 Gemeinbedarfsfläche sozialen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen mit Zweckbestimmung: Kindergarten

Das gesamte Gebiet wird als Gemeinbedarfsfläche mit der Zweckbestimmung Kindergarten ausgewiesen. Innerhalb dieser Fläche ist es möglich den Kindergarten baulich zu erweitern, Zu- und Ausfahrten zu errichten sowie die Außenanlage mit Spielgeräten für die Kinder zu gestalten.

Festsetzungen:

- Flächen für den Gemeinbedarf sowie für Sport- und Spielanlagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 5 BauGB)
 - Sozialen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen
Zweckbestimmung: Kindergarten

4.3 Maß der baulichen Nutzung

4.3.1 Grundflächenzahl

Das Maß der baulichen Nutzung wird mittels der den Anteil der überbaubaren Fläche am Gesamtgrundstück ausdrückenden Grundflächenzahl (GRZ) nach § 19 BauNVO ermittelt.

Für die Gemeinbedarfsfläche mit Zweckbestimmung Kindergarten wird eine GRZ von 0,40 (40 % der Grundstücksfläche) festgesetzt. Dieser Wert stellt sicher, dass keine unverhältnismäßig dichte Bebauung entsteht und stellt gleichzeitig sicher, dass die benötigten Gemeinbedarfsnutzungen baulich umgesetzt werden können.

Innerhalb der Gemeinbedarfsfläche mit Zweckbestimmung Kindergarten ist eine Überschreitung der zulässigen GRZ um bis zu 50 vom Hundert bis maximal 0,6 zulässig. Die Überschreitungsmöglichkeit kann beispielsweise Anwendung finden, um Parkierungsflächen und oder Außenbereiche zu gestalten. Weiterhin werden viele Kinder mit dem Auto zum Kindergarten gebracht, obgleich die integrierte Lage im Ort Hüpede dazu beitragen kann, dass dies auch fußläufig erfolgen kann. Dennoch können durch die mögliche Überschreitung Flächen bereitgehalten werden, um eine Anbindung an die öffentliche Verkehrsfläche entsprechend zu gestalten, sodass die umliegenden Wohngebiete nicht beeinträchtigt werden.

Festsetzungen:

- Innerhalb der Gemeinbedarfsfläche mit Zweckbestimmung Kindergarten ist eine Grundflächenzahl von 0,4 zulässig und kann durch Nebenanlagen gem. § 19 Abs. 4 BauNVO um bis zu 50 vom Hundert bis maximal 0,6 überschritten werden.

4.3.2 Höhe baulicher Anlagen / Zahl der Vollgeschosse

Die Höhenentwicklung wird im Geltungsbereich des Bebauungsplanes durch die festgesetzte maximale Zahl der Vollgeschosse abschließend geregelt.

Innerhalb des Plangebietes erfolgt die Festsetzung einer maximal eingeschossigen Bebauung. Die Erweiterung des Kindergartens kann somit einen hochwertigen und ortsangepassten Beitrag zum Ortsbild leisten. Aufgrund der lockeren Umgebungsbebauung mit überwiegend Einfamilienhäusern in ein- und zweigeschossiger Bauweise, entspricht die Festsetzung dem Gebietscharakter und fügt sich dadurch entsprechend harmonisch in die gebaute Umgebung ein.

Festsetzungen:

- Die Höhe baulicher Anlagen wird über die Festsetzung maximal zulässiger Vollgeschosse geregelt. Im Geltungsbereich des Bebauungsplanes ist maximal 1 Vollgeschoss zulässig.

4.4 Bauweise, überbaubare Grundstücksflächen

4.4.1 Überbaubare Grundstücksflächen

Die überbaubare Grundstücksfläche ist durch die Festsetzung einer Baugrenze definiert. Diese umspannt den Großteil des Plangebietes, um eine flexible Gestaltungsmöglichkeit für den Neubau des Kindergartens erhalten zu können. Weiterhin rückt die Baugrenze mindestens 3 m von der Grundstücksgrenze ab, sodass hier die Abstände zur Grundstücksgrenze bereits durch die Positionierung der Baugrenze gewahrt werden können.

4.4.2 Bauweise

Innerhalb des Geltungsbereichs erfolgt die Festsetzung einer abweichenden Bauweise gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, § 22 Abs. 4 BauNVO. In der abweichenden Bauweise sind die Gebäude mit einer Gebäudelänge von über 50 m Länge zulässig. Weiterhin gelten die Grundsätze der offenen Bauweise. Diese Bauweise entspricht der vorgetragenen Nutzung eines Kindergartens sowie der gebauten Umgebung vollständig und ist damit als eine ortsangepasste Festsetzung zu sehen.

Festsetzungen:

- Für die Gemeinbedarfsfläche ist eine abweichende Bauweise gem. § 22 Abs. 4 BauNVO zulässig.

4.4.3 Fläche für Nebenanlagen, Stellplätze, Garagen

Im Plangebiet können Nebenanlagen, Stellplätze und Garagen auch außerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche errichtet werden. Dies soll die bestmögliche Ausnutzung des Grundstücks sicherstellen, sodass benötigte Nebenanlagen und Stellplätze beispielsweise auf der Grundstücksgrenze errichtet werden, solange diese die bauordnungsrechtlichen Bestimmungen erfüllen.

Festsetzungen:

- Innerhalb der Gemeinbedarfsfläche sind Stellplätze, Garagen und Nebenanlagen innerhalb und außerhalb der festgesetzten überbaubaren Grundstücksflächen zulässig.

4.4.4 Öffentliche Verkehrsflächen

Bei dem Plangebiet handelt es sich um eine Fläche, die bereits vor der Planung der Erweiterung des Kindergartens im Bestand genutzt wurde. Das Gebiet wird über den Karl-Simmrock-Weg und den Astrid-Lindgren-Weg erschlossen. Diese

Erschließungsstruktur wird auch nach der Erweiterung des Kindergartens nicht verändern.

5. Ver- und Entsorgung

5.1 Wasserversorgung

Die Versorgung mit Trinkwasser erfolgt durch den Eigenbetrieb - Wasserversorgung der Stadt Pattensen - als lokalen Versorgungsträger.

5.2 Stromversorgung

Der Netzbetreiber des Stromnetzes ist die Netzgesellschaft Avacon Netz GmbH. Die Gasversorgung wird durch die Avacon sichergestellt.

5.3 Abfallbeseitigung

Die Abfallbeseitigung erfolgt durch die Abfallwirtschaft Region Hannover (aha). Mit einer wesentlichen Erhöhung der Abfallmenge oder dem Anfall besonderer Abfälle (Bauschutt, belastete Abfälle, etc.) ist im Plangebiet nicht zu rechnen. Dies gilt auch für die Reinigung der Verkehrsflächen sowie den Winterdienst.

5.4 Abwasserbeseitigung

Die Abwasserbeseitigung erfolgt durch Anschluss an die Kanalisation der Stadt Pattensen.

5.5 Oberflächenentwässerung

Das Oberflächenwasser soll vorrangig auf den Grundstücken selbst versickert werden. Ein notwendiger Anschluss an die öffentliche Kanalisation ist nicht ausgeschlossen. Entwässert wird im Stadtgebiet mit dem sogenannten Trennsystem; Schmutzwasser und Regenwasser werden dabei in getrennten Kanälen gesammelt und abgeleitet. Schmutzwasser wird über Schmutzwasserkanäle, zum Teil unterstützt durch Großpumpwerke und Kleinpumpwerke, dem städtischen Klärwerk zugeführt.

Weiterhin sind Kindergärten in ihrer baulichen Form stärker auf einen ausgedehnten Außenbereich ausgelegt, welche die Funktionen der Oberflächenentwässerung gut übernehmen können, da diese zumeist einen geringeren bis keinen Versiegelungsgrad aufweisen.

5.6 Brandschutz

Die Sicherung der Löschwasserversorgung wird durch die Stadt Pattensen gemäß den Vorgaben der Richtwerttabellen des Arbeitsblatts W 405 (1. WasSV vom 31.05.1970 und den Technischen Regeln des DVGW (Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e.V.)) sichergestellt.

6. Hinweise

6.1 Kampfmittel

Es besteht kein unmittelbarer Kampfmittelverdacht für das Plangebiet. Im Rahmen der Errichtung der bestehenden Kindertagesstätte sowie der 2. vereinfachten Änderung den Bebauungsplanes Nr. 408 „Vor dem Dammfeld“ sind keine Anhaltspunkte für Kampfmittel zu vermuten gewesen und somit besteht in diesem Bereich kein Handlungsbedarf.

6.2 Artenschutzrechtliche Vermeidungsmaßnahmen / Sicherungsmaßnahme

Die einschlägigen Bestimmungen des § 44 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) sind zu beachten. Die im Rahmen der vorliegenden Bauleitplanung durchgeführten Prüfungen zur artenschutzrechtlichen Verträglichkeit der Planung entbinden nicht von den auf Umsetzungsebene unmittelbar anzuwendenden artenschutzrechtlichen Bestimmungen.

Zum Schutz der Fauna darf die gesamte Baufeldherrichtung (Baufeldräumung, Entfernung von Gehölzen, Abschieben von Oberboden, Abriss von Gebäuden, etc.) aus artenschutzrechtlichen Gründen und zur Vermeidung vom Eintreten von Verbotstatbeständen nach § 44 BNatSchG nur in der Zeit von Anfang Oktober bis Ende Februar durchgeführt werden. Bei Entnahme etwaiger Gehölze, ist durch einen Fachkundigen nachzuweisen, dass auf den betroffenen Flächen / in den betroffenen Gehölzen/Gebäuden keine Brutvorkommen oder Nist- und Schlafplätze vorhanden sind. Die Ergebnisse sind zu dokumentieren und die Gemeinde/Stadt ist hierüber im Vorfeld zu informieren. Sollten die Ergebnisse der vorgenannten Prüfung ergeben, dass Verbote gemäß § 44 BNatSchG berührt werden, ist die Untere Naturschutzbehörde hinzuzuziehen.

Die einmalige Begehung (Arbeitsgemeinschaft Copris 2022) ergab keine Nutzung als Lebensraum durch die Avifauna, dennoch sollte der "worst-case-Fall" angenommen werden und eine mögliche Tötung von Vögeln durch vorhabenbedingte Fällarbeiten und Beseitigung von Gehölzstrukturen außerhalb der Brut- und Aufzuchszeit vermieden werden. Nach § 39 Abs. 5 Satz 2 BNatSchG ist es im Zeitraum vom 1. März bis 30. September nicht

gestattet „Bäume, die außerhalb des Waldes, von Kurzumtriebsplantagen oder gärtnerisch genutzten Grundflächen stehen, Hecken, lebende Zäune, Gebüsche und andere Gehölze [...] abzuschneiden oder auf den Stock zu setzen“. Dadurch ist der Zeitraum für Fällarbeiten und Gehölzentfernung auf Oktober bis Februar beschränkt und liegt somit außerhalb der Brut- und Aufzuchtzeit.

6.3 Denkmalschutz

Sämtliche in den Boden eingreifende Erdarbeiten, wie Erschließungsarbeiten, Oberbodenabtrag und alle in den Unterboden reichenden Bodeneingriffe, bedürfen nach § 13 Abs. 1 NDSchG im Umfeld dieser Bereiche einer denkmalrechtlichen Genehmigung der Unteren Denkmalschutzbehörde des Landkreises. Bei baugenehmigungspflichtigen Maßnahmen ist diese zusammen mit der Baugenehmigung zu erteilen. Diese kann gem. § 13 Abs. 2 NDSchG versagt oder mit Auflagen und Bedingungen verbunden werden.

Im Plangebiet ist mit dem Auftreten archäologischer Funde und Befunde zu rechnen. Sämtliche Erdarbeiten (Oberbodenabtrag, Erschließungsarbeiten und alle in den Unterboden reichende Erdeingriffe) im Plangebiet bedürfen daher einer denkmalrechtlichen Genehmigung gemäß § 13 Niedersächsisches Denkmalschutzgesetz (NDSchG).

Die Genehmigung ist im Vorfeld bei der Unteren Denkmalschutzbehörde der Region Hannover zu beantragen und wird nur unter Auflagen und Bedingungen erteilt werden, damit sichergestellt wird, dass die archäologischen Funde und Befunde vor ihrer Zerstörung durch die Baumaßnahmen sach- und fachgerecht dokumentiert und geborgen werden.

Bodenfunde und Fundstellen sind nach § 14 Abs. 2 des NDSchG bis zum Ablauf von vier Werktagen nach der Anzeige unverändert zu lassen, bzw. für ihren Schutz ist Sorge zu tragen, wenn nicht die Denkmalschutzbehörde die Fortsetzung der Arbeiten gestattet. Die Unterlassung der Anzeige stellt eine Ordnungswidrigkeit dar und kann mit Bußgeld geahndet werden

6.4 Brand- und Katastrophenschutz

Die Planung der Löschwasserversorgung für den Grundschatz der Planungsgebiete erfolgt nach dem DVGW Arbeitsblatt W 405. Die tatsächliche Löschwasserbevorratung im Grundschatz für das jeweilige Planungsgebiet richtet sich nach der Tabelle „Richtwerte für den Löschwasserbedarf (m³/h) des DVGW Arbeitsblattes W 405. Abhängig von der Nutzung des Planungsgebietes müssen mindestens 96 m³/h über einen Zeitraum von mindestens zwei Stunden bereitgestellt werden.

Als Entnahmestelle sollen aus brandschutztechnischer Sicht Überflurhydranten eingesetzt werden. Anzahl und Abstand der Überflurhydranten müssen so gewählt werden, dass nach längstens 80 m Entfernung zu einem Objekt ein Überflurhydrant erreicht werden kann.

6.5 Baum- und Vegetationsschutz

Während der Bauphase ist der Schutz der zu erhaltenden Einzelbäume und Hecken im Bereich von Bauzufahrten, geplanten Anwohnerstraßen und Wegen im Kronentraufbereich und der Wurzelbereiche gemäß DIN 18920¹ und RAS-LP 4² zu gewährleisten. Das gilt auch für die Wallhecke außerhalb des Geltungsbereiches, deren Kronentrauf- und Wurzelbereich in das Plangebiet hineinreichen.

Darüber hinaus sind allgemeine Bestimmungen zum Bodenschutz zu beachten: Der bei Durchführung der Planung anfallende Mutterboden-Aushub sollte in nutzbarem Zustand erhalten und zur Wiederverwendung geschützt werden. Die im Plangebiet unversiegelt verbleibenden Grundflächen sind während der Bauphase vor Bodenverdichtungen infolge von Befahren, Materialablagerung u. ä. mit funktionstüchtigen Maßnahmen zu schützen. Durch ordnungsgemäßen und sorgsamen Umgang mit Maschinen, Baustoffen etc. sind Verunreinigungen von Boden und Wasser zu vermeiden.

Innerhalb und randlich des Plangebietes sind Baumbestände vorhanden. Im Rahmen des Bauanzeige-/ bzw. genehmigungsverfahrens ist sicherzustellen, dass eine Gefährdung durch Windwurf, Waldbrand o.ä. auszuschließen ist. Grundsätzlich wird ein Abstand in der Länge der höchsten angrenzenden Baumoberkante zu einer beabsichtigten Hauptnutzung mit dauerhaften Aufenthaltsräumen als ausreichend angesehen.

¹ Vgl. DIN e.V. (Hrsg.), DIN 18920-1:2014-07 „Vegetationstechnik im Landschaftsbau – Schutz von Bäumen, Pflanzbeständen und Vegetationsflächen bei Baumaßnahmen“

² Vgl. FGSV e.V. (Hrsg.), RAS-LP 4 FGSV-Nr.: 293/4, 1999 „Richtlinien für die Anlagen von Straßen Teil: Landschaftspflege, Abschnitt 4: Schutz von Bäumen, Vegetationsbeständen und Tieren bei Baumaßnahmen“

7. Umweltbelange

7.1 Klimaschutz

Die Bauleitpläne sollen gemäß § 1 (5) BauGB dazu beitragen, den Klimaschutz und die Klimaanpassung zu fördern. Gemäß § 1a Abs. 5 BauGB soll den Erfordernissen des Klimaschutzes sowohl durch Maßnahmen, die dem Klimawandel entgegenwirken, als auch durch solche, die der Anpassung an den Klimawandel dienen, Rechnung getragen werden.

7.2 Umweltprüfung

Die Durchführung der Umweltprüfung gem. § 2 Abs. 4 BauGB sowie die Erstellung eines Umweltberichtes gem. § 2a Satz 2 Nr. 2 BauGB sowie Anlage zu § 2 Abs. 4 und § 2a BauGB ist nicht erforderlich, da die Aufstellung der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 406 „Hohes Holzfeld“ und 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 408 „Vor dem Dammfeld“ im beschleunigten Verfahren erfolgt (gem. § 13a Abs. 2 Nr. 1 BauGB).

7.3 Abarbeitung der Eingriffsregelung

Ein Ausgleich bzw. eine Abarbeitung der Eingriffs-Regelung ist nicht erforderlich. Eingriffe, die auf Grund der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 406 „Hohes Holzfeld“ und 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 408 „Vor dem Dammfeld“ zu erwarten sind, gelten im Sinne des § 1a Abs. 3 Satz 5 BauGB vor der planerischen Entscheidung erfolgt oder zulässig (gem. § 13a Abs. 2 Nr. 4 BauGB).

7.4 Artenschutzrechtliche Belange

Im Zuge des Bebauungsplanverfahrens wurde ermittelt, ob und in welcher Weise artenschutzrechtliche Belange durch die vorliegende Bauleitplanung berührt werden. Dazu wurde eine artenschutzrechtliche Potenzialabschätzung nach § 44 BNatSchG durchgeführt.

Nach Prüfung der Verbreitung und der Habitatsprüche planungsrelevanter Arten kann festgestellt werden, dass im Bereich des Plangebietes unter Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Vermeidungsmaßnahmen Verstöße gemäß § 44 BNatSchG ausgeschlossen werden können.

7.5 Artenschutzrechtliche Potenzialabschätzung nach § 44 BNatSchG

7.5.1 Grundlagen

Die artenschutzrechtlichen Bestimmungen ergeben sich zum einen aus dem Bundesnaturschutzgesetz (Kapitel 5 BNatSchG) sowie zum anderen direkt aus den europäischen Richtlinien 92/43/EWG (FFH-Richtlinie) und 79/409/EWG (Vogelschutzrichtlinie). In den Regelungen des BNatSchG wird zwischen den „besonders“ und den „streng“ geschützten Arten unterschieden. Die unterschiedlichen Schutzkategorien des Artenschutzes basieren auf nationalem und internationalem Recht. Sie werden gemäß § 7 Abs. 2, Nr. 13 und 14 BNatSchG wie folgt definiert:

§ 7 Nr. 13 - besonders geschützte Arten

- a) Arten der Anhänge A und B der EG – Artenschutzverordnung (EG-VO)
- b) Arten des Anhangs IV der FFH-RL sowie alle europäischen Vogelarten nach Art. 1 der Vogelschutz-Richtlinie (VSch-RL)
- c) Arten der Anlage 1, die in Spalte 2 der Bundesartenschutzverordnung (BArtSchV) mit einem Kreuz gekennzeichnet sind

§ 7 Nr. 14 - streng geschützte Arten

- a) Arten des Anhangs A der EG – Artenschutzverordnung (EG-VO)
- b) Arten des Anhangs IV der FFH-RL
- c) Arten der Anlage 1, die in Spalte 3 der Bundesartenschutzverordnung (BArtSchV) mit einem Kreuz gekennzeichnet sind.

Europarechtlich ist der Artenschutz in den Artikeln 12, 13 und 16 der Richtlinie 92/43/EWG des Rates zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen vom 21.05.1992 - FFH-RL - sowie in den Artikeln 5, 7 und 9 der Richtlinie 2009/147/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten vom 30. November 2009 - Vogelschutz-Richtlinie VSch-RL - festgelegt. Im nationalen deutschen Naturschutzrecht ist der Artenschutz in den Bestimmungen der §§ 44 und 45 BNatSchG umgesetzt. Die Länder können keine abweichenden Regelungen zum Artenschutz treffen.

Daher stehen die europarechtlich geschützten Arten im Fokus von artenschutzrechtlichen Betrachtungen. Dazu gehören folgende Arten:

- Arten nach Anhang IV der FFH Richtlinie

- Heimische europäische Vogelarten

Umwelthaftung bei Biodiversitätsschäden

Der § 19 Absatz 3 des BNatSchG in der Fassung vom 08.04.2008 wurde in die Neufassung des BNatSchG nicht übernommen. Nach dem BNatSchG in der Fassung vom 07.08.2013 erfolgt gemäß § 19 BNatSchG die Prüfung für die Arten und Lebensräume, die in Art. 4 Abs. 2 oder in Anhang I der VSch-RL oder in den Anhängen II und IV der FFH-RL aufgeführt sind sowie auf natürliche Lebensräume. Da die Arten des Anhangs IV der FFH-RL und deren Fortpflanzungs- und Ruhestätten sowie die Arten des Art. 4 Abs. 2 oder in Anhang I der VSch-RI (Europäische Vogelarten) und deren Lebensräume durch die Prüfung gemäß § 44 BNatSchG hinreichend abgeprüft werden, ergibt sich demnach die Prüfung gemäß § 19 BNatSchG „nur noch“ für die Arten des Anhangs II der FFH-RL, die nicht auch Arten des Anhang IV sind, sowie für natürliche Lebensraumtypen von gemeinschaftlichem Interesse (außerhalb von FFH-Gebieten).

Arten, die weder europarechtlich geschützt sind noch zu den Verantwortungsarten und den Arten nach § 19 BNatSchG zählen, sind im Rahmen der Eingriffsregelung zu berücksichtigen.

7.5.2 Mögliche Ausnahmen und Befreiungen

Die Möglichkeit von Ausnahmen bzw. Befreiungen kann erst in Verbindung mit der artenschutzrechtlichen Prüfung in Genehmigungsverfahren erwogen werden, sofern unvermeidbare Verbotstatbestände eintreten. Die Ausführungen hier haben daher lediglich informativen Charakter.

Ausnahmen nach § 45 Abs. 7 BNatSchG

Werden Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG bezüglich der gemeinschaftsrechtlich geschützten Arten erfüllt bzw. können nicht ausgeschlossen werden, müssen für eine Projektzulassung die Ausnahmevoraussetzungen des § 45 Abs. 7 BNatSchG erfüllt sein. Danach können „die nach Landesrecht zuständigen Behörden (...) von den Verboten des § 44 im Einzelfall (...) Ausnahmen zulassen,

1. zur Abwendung erheblicher land-, forst-, fischerei-, wasser- oder sonstiger gemeinwirtschaftlicher Schäden,
2. zum Schutz der natürlich vorkommenden Tier- und Pflanzenwelt,
3. für Zwecke der Forschung, Lehre, Bildung oder Wiederansiedlung oder diesen Zwecken dienende Maßnahmen der Aufzucht oder künstlichen Vermehrung,
4. im Interesse der Gesundheit des Menschen, der öffentlichen Sicherheit, einschließlich der Landesverteidigung und des Schutzes der Zivilbevölkerung, oder der maßgeblich günstigen Auswirkungen auf die Umwelt oder
5. aus anderen zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses einschließlich solcher sozialer oder wirtschaftlicher Art.

Eine Ausnahme darf nur zugelassen werden, wenn zumutbare Alternativen nicht gegeben sind und sich der Erhaltungszustand der Populationen einer Art nicht verschlechtert. Artikel 16 Abs. 3 der Richtlinie 92/43/EWG und Artikel 9 Abs. 2 der Richtlinie 79/409/EWG sind zu beachten. Soweit es sich nicht um Tiere und Pflanzen der streng geschützten Arten handelt, können die Landesregierungen Ausnahmen nach Satz 1 auch allgemein durch Rechtsverordnung zulassen. Die Landesregierungen können die Ermächtigung nach Satz 4 durch Rechtsverordnung auf andere Landesbehörden übertragen.“

Die Voraussetzungen für eine Ausnahme sind demnach in Anlehnung an Art. 16 Abs. 3 der FFH-Richtlinie und Art. 9 Abs. 2 der Vogelschutzrichtlinie:

- zwingende Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses,
- keine zumutbaren Alternativen vorhanden,
- keine Verschlechterung des Erhaltungszustandes der Populationen der Art,
- bei Arten nach Anhang IV FFH-RL Beibehaltung des günstigen Erhaltungszustandes der Population (gem. Art. 16 Abs. 1 FFH-RL).

Eine Ausnahme nach § 45 (7) wird bei Anhang IV-Arten oder europäischen Vogelarten erforderlich, wenn die Verbotstatbestände des § 44 BNatSchG erfüllt sind. Dies bedeutet, dass sich der Erhaltungszustand der lokalen Population verschlechtern kann und / oder die ökologische Funktion der vom Eingriff betroffenen Fortpflanzungs- oder Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang - trotz Vermeidungs- und vorgezogenen Ausgleichs- bzw. CEF-Maßnahmen - nicht mehr gewährleistet werden kann.

Befreiungen nach § 67 BNatSchG

„Von den Verboten des § 44 kann auf Antrag Befreiung gewährt werden, wenn dies aus Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses sowie die Durchführung der Vorschrift im Einzelfall zu einer unzumutbaren Belastung führen würde. Die Befreiung kann mit Nebenbestimmungen versehen werden.(...)“.

7.5.3 Vorgehen

In der artenschutzrechtlichen Potentialabschätzung nach § 44 BNatSchG ist für die sog. europarechtlich geschützten Arten zu beurteilen, ob

- Tiere der besonders geschützten Art verletzt oder getötet werden [§ 44 (1), Nr. 1]
- wild lebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich gestört werden; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population der Art verschlechtert [§ 44 (1) Nr. 2].
- Fortpflanzungs- und Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur entnommen, beschädigt

oder zerstört werden [§ 44 (1) Nr. 3] und die ökologische Funktion der betroffenen Fortpflanzungs- oder Ruhestätte infolge der Eingriffe nicht mehr erfüllt ist [§ 44 (1) Nr. 3]

- wildlebende Pflanzen der besonders geschützten Arten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur entnommen, sie o. ihre Standorte beschädigt oder zerstört werden [§ 44 (1) Nr. 4]

Aufgrund der größeren Anzahl potenziell betroffener Arten ist es sinnvoll, die für das Vorhaben relevanten Arten systematisch einzugrenzen. Die Eingrenzungen können aufgrund eines geographischen, eines ökologischen und aufgrund eines wirkungsbezogenen Ansatzes vorgenommen werden (vgl. GELLERMANN & SCHREIBER, 2007; S.194 ff). Nach einer vorab durchgeführten Daten- und Literaturrecherche können folgende Arten ausgeschlossen werden:

- geographischer Ansatz: Arten, die aufgrund ihrer natürlichen Verbreitung nicht im Planungsraum vorkommen (nach Verbreitungskarten und -angaben)
- ökologischer Ansatz: Arten, die im Wirkungsraum des Vorhabens nicht vorkommen können, weil ihre Habitate nicht vorhanden sind (Beurteilung z. B. auf Basis von Biotopkartierungen, Luftbildern, Geländebegehungen); dabei werden aber nur Arten ausgeschlossen, deren Hauptlebensraumtyp generell nicht vorhanden ist („Lebensraumgrobfilter“, z. B. Wälder, Grünland, Gewässer, Küsten, Siedlung) bzw. die eine sehr enge Bindung an ganz spezielle, seltene Habitate haben, die im Gebiet nicht vorkommen (z.B. Moore, Sümpfe, Kiesbänke, Lösswände)
- wirkungsbezogener Ansatz: Arten, bei denen eine Empfindlichkeit gegenüber den projektspezifischen Wirkungen grundsätzlich nicht vorhanden oder projektspezifisch so gering ist, dass mit hinreichender Sicherheit davon ausgegangen werden kann, dass keine Verbotstatbestände ausgelöst werden können

Für die artenschutzrechtliche Potentialabschätzung für das B-Plangebiet wurden folgende Grundlagen herangezogen (vgl. auch Literaturverzeichnis):

- Ergebnisse der Übersichtsbegehung im August 2022 mit Feststellung der Biotoptypen
- Verbreitungsatlas der Amphibien und Reptilien Deutschlands (DGHT 2018)
- Verbreitungskarten mit den Verbreitungsgebieten der Pflanzen- und Tierarten der FFH-Richtlinie (BfN 2019)
- Vollzugshinweise für Arten und Lebensraumtypen, Teile 1-3 – Niedersächsische Strategie zum Arten- und Biotopschutz. – Hrsg. Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN 2011)

- Untersuchung zum Zweck der artenschutzrechtlichen Risikobewertung (ARBEITSGEMEINSCHAFT COPRIS 2022)

7.5.4 Vögel

Auf Basis der Biotoptypenkartierung ist einzuschätzen, dass das Plangebiet unterschiedlichen Vogelarten einen Lebensraum bietet. Die potenziell vorkommenden Vogelarten lassen sich aufgrund der im Plangebiet vorhandenen Lebensräume bestimmten ökologischen „Gilden“ (hier nach Hauptlebensraumtyp) zuordnen. Bezüglich der einzelnen Arten in den ökologischen „Gilden“ kann von einer weitgehenden Übereinstimmung der artspezifischen Argumentationen bezüglich der einzelnen Verbotstatbestände bzw. der möglichen Vermeidungsmaßnahmen ausgegangen werden.

Folgende Artengruppen („Gilden“) können vorkommen und unterschieden werden:

Brutvogelarten der Gehölze

Innerhalb des B-Plangebietes sind unterschiedliche Gehölzstrukturen vorhanden, die durch entsprechende Baumaßnahmen entfernt werden. Die Gehölzstrukturen könnten von anspruchlosen Gehölzbrütern wie z. B. Amsel, Ringeltaube, Elster oder Mönchsgrasmücke als Brutplatz genutzt werden oder es könnten in Höhlungen Arten wie Kohlmeise, Blaumeise oder Feldsperling brüten.

Zum Zweck der artenschutzrechtlichen Risikobewertung durch Fällung, Gehölzentfernung sowie Pflege- und Entwicklungsschnitte wurde durch die ARBEITSGEMEINSCHAFT COPRIS (2022) eine Untersuchung durchgeführt. Hierbei wurde vor allem in den Gehölzen nach Vogelnestern und Nistplätzen gesucht. Im Ergebnis ist festzustellen, dass keine der beanspruchten Gehölzstrukturen Habitate bzw. Lebensräume für Brutvögel aufweisen und artenschutzrechtliche Konflikte bezüglich der Brutvogelarten der Gehölze hier nicht erkennbar sind.

Auch wenn zum Zeitpunkt der einmaligen Begehung keine Nester oder Nistplätze in den Gehölzstrukturen festgestellt werden konnten, sollten dennoch zur Vermeidung von Individuenverlusten [§ 44 (1) Nr. 1] und der Zerstörung von Fortpflanzungsstätten [§ 44 (1) Nr. 3] die Verbote für Gehölzrodungen zwischen 1. März - 30. September nach § 39 BNatSchG berücksichtigt werden.

Brutvogelarten der Gebäude und Siedlungen

Innerhalb des B-Plangebietes befindet sich größere Gebäude. Als Brutvögel der Gebäude und Siedlungen können hier u. a. Bachstelze, Hausrotschwanz, Mauersegler, Rauchschwalbe, Türkentaube oder Turmfalke den Bereich besiedeln.

Durch das Vorhaben werden keine Gebäude in Anspruch genommen. Lediglich erfolgt die Entfernung eines kunststoffbeschichteten containerähnlichen

Bauwerks mit Flachdach. Nach Sichtung im Rahmen der Ortsbegehung konnten keine Nester von Gebäudebrütern vorgefunden werden.

7.5.5 Fledermäuse

Innerhalb des Plangebietes können mehrere Fledermausarten vorkommen. Baum bewohnende Arten wie die Wasserfledermaus, der Große Abendsegler oder der Kleine Abendsegler könnten den Bereich als Winterquartier sowie als Jagd- oder Transferfluggebiet nutzen.

Im Zuge der Bebauung des B-Plangebietes werden Gehölzstrukturen vor allem die älteren Einzelbäume (Obstgehölze) in Anspruch genommen. Des Weiteren wird ein containerähnliches Bauwerk entfernt.

Zum Zweck der artenschutzrechtlichen Risikobewertung durch Fällung, Gehölzentfernung sowie Pflege- und Entwicklungsschnitte wurde durch die ARBEITSGEMEINSCHAFT COPRIS (2022) eine Untersuchung durchgeführt. Hierbei wurde vor allem in den Gehölzen nach Fledermausquartieren gesucht. Im Ergebnis ist festzustellen, dass keine der beanspruchten Gehölzstrukturen Habitate bzw. Lebensräume für Fledermäuse aufweisen und artenschutzrechtliche Konflikte bezüglich der Fledermäuse hier nicht erkennbar sind.

Gemäß der Stellungnahme vom 06.01.2023 der ARBEITSGEMEINSCHAFT COPRIS (2022) befindet sich das Gebäude in einem sehr guten Zustand. Risse, Spalten und Öffnungen sind nicht vorhanden. Die Fassade ist ausgesprochen glatt und kunststoffbeschichtet. Die Rollladenkästen sind von außen nicht zugänglich. Aufgrund der Bauweise und des konstruktionsbedingten Raumklimas in den baubedingten Hohlräumen kann das Vorkommen von Fledermäusen hier als unwahrscheinlich angenommen werden. Eine Nutzung als Winterquartier ist völlig auszuschließen. Demnach ist ein artenschutzrechtlicher Konflikt bei der Entfernung des Gebäudes nicht zu erwarten.

7.5.6 Sonstige Säugetiere

Bei den sonstigen Säugetierarten (ohne Fledermäuse) sind der Biber (*Castor fiber*), die Wildkatze (*Felis silvestris*) und der Feldhamster (*Cricetus cricetus*) gemäß Verbreitungskarte des BfN (2019) im betroffenen Naturraum anzutreffen. Für diese Arten sowie auch für alle anderen artenschutzrechtlich relevanten sonstigen Säugetiere sind keine geeigneten Habitatstrukturen innerhalb des Plangebietes vorhanden, so dass ein Vorkommen gänzlich ausgeschlossen werden kann.

7.5.7 Fische

Die Artengruppe ist nicht prüferelevant. Die 4 artenschutzrechtlich relevanten Fischarten Stör (*Acipenser sturio*), Ostseestör (*Acipenser oxyrinchus*), Donau-Kaulbarsch (*Gymnocephalus baloni*) und Schnäpel (*Coregonus maraena*) kommen nicht im Naturraum vor. Des Weiteren sind auch keine geeigneten Gewässer vorhanden.

7.5.8 Amphibien

Ergebnis der Potenzialabschätzung ist, dass für keine der 13 artenschutzrechtlich relevanten Amphibienarten ein Vorkommen im Vorhabengebiet zu erwarten ist. Gemäß Verbreitungsatlas der Amphibien und Reptilien Deutschlands (DGHT 2018) ist im Vorhabengebiet bzw. im betroffenen Naturraum lediglich der Kammolch als artenschutzrechtlich relevante Amphibienarten vertreten. Ein Vorkommen von Knoblauchkröte, Kreuzkröte, Moorfrosch, kl. Wasserfrosch, Rot- und Gelbbauchunke, Geburtshelfer-, Wechselkröte, Alpensalamander, Springfrosch, Laubfrosch und Alpen-Kammolch fehlt gemäß Verbreitungsatlas der Amphibien und Reptilien Deutschlands (DGHT 2018) im Vorhabengebiet bzw. im betroffenen Naturraum. Für den im betroffenen Naturraum gemäß Verbreitungsatlas der Amphibien und Reptilien Deutschlands (DGHT 2018) vorkommenden artenschutzrechtlich relevanten Kammolch sind allerdings keine geeigneten Habitatstrukturen wie z.B. essentielle Stillgewässer innerhalb des Plangebietes vorhanden, so dass ein Vorkommen dieser Art gänzlich ausgeschlossen werden kann. Des Weiteren stellt das Plangebiet einen stark anthropogen genutzten Bereich innerhalb einer Sieglung dar.

7.5.9 Reptilien

Von den 9 artenschutzrechtlich relevanten Reptilien (Schlingnatter, Kroatische Gebirgseidechse, Zauneidechse, Westliche Smaragdeidechse, Östliche Smaragdeidechse, Würfelkater, Mauereidechse, Europäische Sumpfschildkröte und Äskulapnatter) sind gemäß Verbreitungsatlas der Amphibien und Reptilien Deutschlands (DGHT 2018) keine Arten innerhalb des Vorhabengebietes bzw. innerhalb des betroffenen Naturraumes verbreitet. Darüber hinaus sind für diese Arten keine geeigneten Habitatstrukturen innerhalb des Plangebietes vorhanden, so dass ein Vorkommen gänzlich ausgeschlossen werden kann. Des Weiteren stellt das Plangebiet einen stark anthropogen genutzten Bereich innerhalb einer Sieglung dar.

7.5.10 Schmetterlinge

Die meisten der 16 artenschutzrechtlich relevanten Schmetterlingsarten sind sehr seltene Habitatspezialisten und gemäß Verbreitungskarte des BfN (2019) nicht im Plangebiet bzw. im betroffenen Naturraum verbreitet. Des Weiteren sind auch keine geeigneten Habitatstrukturen innerhalb des Plangebietes vorhanden.

7.5.11 Libellen

Ergebnis der Potenzialabschätzung ist, dass keine der 8 artenschutzrechtlich relevanten Libellenarten als prüfrelevant angesehen werden muss. Die Arten der Flüsse sind im Gebiet nicht verbreitet bzw. es fehlen geeignete Lebensräume (Gekielte Smaragdlibelle, Grüne Flussjungfer, Asiatische Keiljungfer). Auch die anspruchsvollen Arten der Stillgewässer kommen nicht im Bereich des Plangebietes vor (Grüne Mosaikjungfer, Sibirische Winterlibelle, Moosjungfer-Arten). Lediglich die Grüne Keiljungfer und die Große Moosjungfer als artenschutzrechtlich relevante Libellenarten sind gemäß Verbreitungskarte des BfN (2019) im betroffenen Naturraum verbreitet. Allerdings ist hier festzustellen, dass für alle artenschutzrechtlich relevanten Libellenarten keine

geeigneten Habitatstrukturen innerhalb des Plangebietes vorhanden sind, so dass ein Vorkommen gänzlich ausgeschlossen werden kann.

7.5.12 Käfer

Ergebnis der Potenzialabschätzung ist, dass für keine der 9 artenschutzrechtlich relevanten Käferarten ein Vorkommen im Plangebiet zu erwarten ist. Der Goldstreifiger Prachtkäfer gilt in ganz Deutschland als ausgestorben. Lediglich der Eremit (*Osmoderma eremita*) als artenschutzrechtlich relevante Käferarten ist gemäß Verbreitungskarte des BfN (2019) im betroffenen Naturraum verbreitet. Weitere Arten kommen gemäß Verbreitungskarte des BfN (2019) im betroffenen Naturraum nicht vor (Alpenbock, Breitrand, Schmalbindiger Breitflügel-Tauchkäfer, Heldbock, Rothalsiger Düsterkäfer, Scharlachkäfer, Vierzähliger Mistkäfer).

Zum Zweck der artenschutzrechtlichen Risikobewertung durch Fällung, Gehölzentfernung sowie Pflege- und Entwicklungsschnitte wurde durch die ARBEITSGEMEINSCHAFT COPRIS (2022) eine Untersuchung durchgeführt. Hierbei wurde vor allem in den Gehölzen ein besonderes Augenmerk auf die Erfassung von artenschutzrechtlich relevanten Käferarten gelegt. Im Ergebnis ist festzustellen, dass keine der beanspruchten Gehölzstrukturen Habitate bzw. Lebensräume für artenschutzrechtlich relevante Käferarten aufweisen und artenschutzrechtliche Konflikte bezüglich der Käfer hier nicht erkennbar sind.

7.5.13 Weichtiere

Bei den 4 artenschutzrechtlich relevanten Arten der Weichtiere (Zierliche Tellerschnecke, Banat-Felsenschnecke, Gebänderte Kahnschnecke und Gemeine Flussmuschel) handelt es sich ebenfalls um Arten, die für das Plangebiet ausgeschlossen werden können, weil sie hier nicht verbreitet sind und weil entsprechende Lebensräume fehlen. Sie sind damit nicht prüfrelevant.

7.5.14 Blütenpflanzen und Farne

Von den 28 artenschutzrechtlich relevanten Blütenpflanzen und Farne wird im Ergebnis der Potenzialabschätzung keine Art als prüfrelevant eingestuft. Die meist sehr seltenen und an spezielle Standorte gebundenen Arten sind im Plangebiet bzw. im betroffenen Naturraum nicht verbreitet.

7.5.15 Fazit

Die einmalige Begehung (ARBEITSGEMEINSCHAFT COPRIS 2022) ergab zwar keine Nutzung als Lebensraum durch die Avifauna, dennoch sollte der "worst-case-Fall" angenommen werden und eine mögliche Tötung von Vögeln durch vorhabenbedingte Fällarbeiten und Beseitigung von Gehölzstrukturen außerhalb der Brut- und Aufzuchtzeit vermieden werden. Nach § 39 Abs. 5 Satz 2 BNatSchG ist es im Zeitraum vom 1. März bis 30. September nicht gestattet „Bäume, die außerhalb des Waldes, von Kurzumtriebsplantagen oder gärtnerisch genutzten Grundflächen stehen, Hecken, lebende Zäune, Gebüsche und andere Gehölze [...] abzuschneiden oder auf den Stock zu setzen“. Dadurch ist der Zeitraum für Fällarbeiten und Gehölzentfernung auf Oktober bis Februar beschränkt und liegt somit außerhalb der Brut- und Aufzuchtzeit.

Auch die Nutzung des containerähnlichen Gebäudes durch Fledermäuse oder Brutvögel kann ausgeschlossen werden.

Die Tötung von Fledermäusen und die Zerstörung von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten von Fledermäusen und artenschutzrechtlich relevanten Käferarten, insbesondere durch die Beseitigung von älteren Gehölzstrukturen und durch die Entfernung des containerähnlichen Gebäudes kann ausgeschlossen werden, da hier weder Fledermausquartiere oder Lebensräume artenschutzrechtlich relevanter Käferarten oder Brutvogelarten im Rahmen der Begehung (ARBEITSGEMEINSCHAFT COPRIS 2022) festgestellt werden konnten.

7.6 Artenschutzrechtliche Potenzialabschätzung nach § 19 BNatSchG

Nach dem BNatSchG in der Fassung vom 07.08.2013 erfolgt gemäß § 19 BNatSchG die Prüfung für die Arten und Lebensräume, die in Art. 4 Abs. 2 oder in Anhang I der VSch-RL oder in den Anhängen II und IV der FFH-RL aufgeführt sind sowie auf natürliche Lebensräume. Da die Arten des Anhangs IV der FFH-RL und deren Fortpflanzungs- und Ruhestätten sowie die Arten des Art. 4 Abs. 2 oder in Anhang I der VSch-RI (Europäische Vogelarten) und deren Lebensräume durch die Prüfung gemäß § 44 BNatSchG hinreichend abgeprüft werden (s.o.), ergibt sich demnach die Prüfung gemäß § 19 BNatSchG „nur noch“ für die Arten des Anhangs II der FFH-RL sowie für natürliche Lebensraumtypen von gemeinschaftlichem Interesse (außerhalb von FFH-Gebieten).

Die meisten Arten des Anhangs II der FFH-RL sind auch im Anhang IV der FFH-RL aufgeführt und wurden somit in der Potenzialabschätzung nach § 44 BNatSchG behandelt. Bei den Fischen (z.B. Rapfen, Steinbeißer, Groppe, Bach- und Meerneunaugen, Schlammpeitzger, Bitterling), Weichtieren (z.B. Flussperlmuschel, Windelschnecken-Arten), Schmetterlingen (z.B. Skabiosen-Schmetterlinge, Spanische Flagge), Käfern (z.B. Hirschkäfer), Libellen (z.B. Helm- und Vogel-Azurjungfer) und bei den Moosen (z.B. Haar-Klauenmoos) könnten jedoch weitere relevante Arten hinzutreten.

Gemäß Verbreitungskarte des BfN (2019) sind im Plangebiet bzw. im betroffenen Naturraum folgende Arten des Anhangs II der FFH-RL vertreten bzw. verbreitet:

- Bachneunaugen (*Lampetra planeri*)
- Flussneunaugen (*Lampetra fluviatilis*)
- Lachs (*Salmo salar*)
- Groppe (*Cottus gobio*)
- Bitterling (*Rhodeus amarus*)
- Schmale Windelschnecke (*Vertigo angustior*)

Im Bereich des Plangebietes können die genannten Arten gänzlich ausgeschlossen werden, da geeignete bzw. essentielle Habitatstrukturen wie z. B. Fließgewässer fehlen. Diese Arten sind daher nicht prüfrelevant.

Darüber hinaus sind innerhalb des Plangebietes keine natürlichen Lebensraumtypen von gemeinschaftlichem Interesse (außerhalb von FFH-Gebieten) festzustellen, da es sich um einen stark anthropogen überprägten Bereich handelt.

Damit ist abschließend einzuschätzen, dass, wenn die Empfehlungen der Potenzialabschätzung nach § 44 BNatSchG vollständig berücksichtigt werden, keine Biodiversitätsschäden im Sinne von § 19 BNatSchG bzw. im Sinne des Umweltschadengesetzes zu erwarten sind.



Abb. 5: Biotoptypenbestand (eigene Darstellung)





Legende Biotoptypen Grünanlagen <div style="display: flex; align-items: center;"> <div style="width: 15px; height: 10px; background-color: #d9ead3; border: 1px solid black; margin-right: 5px;"></div> <div>GRA;Artenarmer Scherrasen</div> </div> <div style="display: flex; align-items: center;"> <div style="width: 15px; height: 10px; background-color: #f4cccc; border: 1px solid black; margin-right: 5px;"></div> <div>BZN;Ziergebüsch aus überwiegend nicht heimischen Gehölzarten</div> </div> <div style="display: flex; align-items: center;"> <div style="width: 15px; height: 10px; background-color: #f4cccc; border: 1px solid black; margin-right: 5px;"></div> <div>BZH;Zierhecke</div> </div> <div style="display: flex; align-items: center;"> <div style="width: 15px; height: 10px; background-color: #f4cccc; border: 1px solid black; margin-right: 5px;"></div> <div>PSZ;Sonstige Sport-, Spiel- und Freizeitanlage</div> </div> Gebäude-, Verkehrs- und Industrieflächen <div style="display: flex; align-items: center;"> <div style="width: 15px; height: 10px; background-color: #f4cccc; border: 1px solid black; margin-right: 5px;"></div> <div>OVW;Weg</div> </div> <div style="display: flex; align-items: center;"> <div style="width: 15px; height: 10px; background-color: #f4cccc; border: 1px solid black; margin-right: 5px;"></div> <div>OVP;Parkplatz</div> </div> <div style="display: flex; align-items: center;"> <div style="width: 15px; height: 10px; background-color: #f4cccc; border: 1px solid black; margin-right: 5px;"></div> <div>OFZ;Befestigte Fläche mit sonstiger Nutzung</div> </div> <div style="display: flex; align-items: center;"> <div style="width: 15px; height: 10px; background-color: #f4cccc; border: 1px solid black; margin-right: 5px;"></div> <div>ONZ;Sonstiger öffentlicher Gebäudekomplex</div> </div> Einzelbäume <div style="display: flex; align-items: center;"> <div style="width: 10px; height: 10px; background-color: #4daf4a; border-radius: 50%; border: 1px solid black; margin-right: 5px;"></div> <div>HEB, Einzelbaum des Siedlungsbereichs</div> </div> Sonstiges <div style="display: flex; align-items: center;"> <div style="width: 15px; height: 10px; border: 1px solid black; margin-right: 5px;"></div> <div>Grenze des Geltungsbereiches</div> </div>							Auftraggeber: Stadt Pattensen		Auftragnehmer: <div style="display: flex; align-items: center;"> <div style="margin-right: 10px;"> SWECO  </div> <div> SWECO GmbH Karl-Wiechert-Allee 1B 30625 Hannover </div> </div>		
Bauvorhaben Biotoptypenbestand zum Vorhaben 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 406 „Hohes Holzfeld“ und 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 408 "Vor dem Dammfeld" Stadt Pattensen, Stadtteil Hüpede											
Projektleitung:	Bearbeiter:	Projekt-Nr.:	Maßstab:		Planmaße:	Datum:					
A. Derksen	S. Moormann	0312-22-018	1:300		580 x 297mm	24.08.2022					
Kartengrundlage: Auszug aus den Geobasisdaten der Niedersächsischen Vermessungs- und Katasterverwaltung <div style="display: flex; align-items: center; justify-content: space-between;"> <div> © 2022  </div> <div style="text-align: center;">  </div> <div style="text-align: right;">  </div> </div>											

Abb. 6: Biotoptypenbestand – Legende (eigene Darstellung)

8. Auswirkungen der Planung

8.1 Verkehrserschließung

Die verkehrliche Erschließung erfolgt über die bereits vorhandenen Straßen „Karl-Simmrock-Weg“ und den „Astrid-Lindgren-Weg“ im Norden und Osten des Plangebietes. Diese werden in ihrer ursprünglichen Form erhalten, sodass hieraus keine Auswirkungen hervorgehen. Es werden keine zusätzliche Erschließungsmaßnahmen notwendig.

8.2 Belange der archäologischen Denkmalpflege

Es handelt sich um eine gegenwärtig genutzte Kindertagesstätte. Es ist davon auszugehen, dass im Rahmen der baulichen Maßnahme der Errichtung der Kindertagesstätte Grund und Boden untersucht wurden, sodass hier keine Themen hinsichtlich der archäologischen Denkmalpflege berührt werden. Hinweise werden dennoch im Bebauungsplan mit aufgenommen, sodass bei Funden oder Auffälligkeiten reagiert werden kann.

Nach den aktuell vorliegenden Rahmenbedingungen werden Belange der Denkmalpflege nicht berührt.

8.3 Auswirkungen auf Schutzgüter

8.3.1 Schutzgut Mensch

Die Festsetzungen im Bebauungsplan orientieren sich an den in der BauNVO angegebenen Höchstgrenzen für Allgemeine Wohngebiete mit der GRZ von 0,4, sodass eine Wohnumfeld entsprechende Dichte auch auf dem Plangebiet des Kindergartens als Höchstmaß zulässig wird.

Durch die Erweiterung des Kindergartens auf der bereits zuvor als Kindertagesstätte genutzten Fläche kann eine zusätzliche Versiegelung reduziert und eine effiziente Nutzung von Grund und Boden erzielt werden. Dies bezieht sich vor allem auf die Vermeidung von zusätzlichen Erschließungsstraßen oder einer Neuentwicklung auf der grünen Wiese.

Die Erweiterung des Kindergartens wird sich für den Ortsteil Hüpede positiv auswirken, so dass eine verbesserte wohnumfeldnahe Kinderbetreuung angeboten werden kann.

Die Erschließung erfolgt über die bereits vorhandene öffentliche Verkehrsfläche, zusätzliche Maßnahmen zur Erschließung sind somit grundsätzlich nicht erforderlich, um die Erreichbarkeit sicherstellen zu können.

8.3.2 Auswirkungen auf das Schutzgut Pflanzen und Tiere

Die Fläche wurde bereits vor der Planung der Kindergartenerweiterung als Kindertagesstätte genutzt. Es wird nicht wesentlich mehr Fläche in Anspruch genommen werden müssen als es im Bestand der Fall ist. Bei der Entnahme von Bestandsbäumen zur Erweiterung der Kindertagesstätte ist entsprechendes Fachpersonal hinzuzuziehen, sodass keine Verbotstatbestände entstehen und artenschutzrechtliche Vermeidungsmaßnahmen / Sicherungsmaßnahmen ergriffen werden können.

8.3.3 Auswirkungen auf das Schutzgut Boden und Flächen

Durch die gegenwärtige bauliche Inanspruchnahme des Grundstückes mit der Bestandskindertagesstätte kommt es durch die Planung der Erweiterung des Kindergartens zu keinem nennenswerten zusätzlichen Verlust der Bodenfunktionen nach § 2 Abs. 2 BBodSchG, sowie zu keiner wesentlichen reduzierten Grundwasserneubildung im Plangebiet. Dadurch steht der Boden als Lebensraum für Tiere und Pflanzen im Wesentlichen Teil weiterhin zur Verfügung und kann die Filter-, Puffer- und Speicherfunktion weiterhin ausführen.

Die Grundflächenzahl im Geltungsbereich des Bebauungsplanes beträgt 0,40 als mögliche überbaubare Flächen, so dass noch 60 % der zu betrachtenden Flächen die oben beschriebenen Funktionen zugeschrieben werden können.

Im Rahmen der Erweiterung des Kindergartens wird in diesem Bereich der Boden unwesentlich beeinträchtigt. Der Standort wurde durch die bereits vorhandene Kindertagesstätte gewählt und bietet durch die bereits vorhandene bauliche Nutzung den Vorteil, keine zusätzlichen Eingriffe in Grund und Boden vornehmen zu müssen.

8.3.4 Auswirkungen auf das Schutzgut Landschaft

Durch die Erweiterung des Kindergartens werden bereits baulich genutzte Flächen herangezogen, sodass keine neuen Flächen versiegelt werden müssen. Die Landschaft wird geschont und durch die grünordnerische Festsetzung der Eingrünung klar zum Plangebiet abgegrenzt. Dies führt dazu, dass es zu keiner Reduzierung der landwirtschaftlichen Nutzfläche kommt oder andere Fläche, die nicht für die bauliche Entwicklung vorgesehen waren, herangezogen werden müssen. Aufgrund der Nutzung der Innenentwicklungspotenziale, kann das Schutzgut Landschaft gestärkt und geschützt werden.

8.4 Kosten

Die Planungskosten für die Aufstellung des Bebauungsplanes werden durch die Kommune getragen.

Rechtliche Grundlagen

- Baugesetzbuch (BauGB): in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. September 2021 (BGBl. I S. 24147)
- Landes-Raumordnungsprogramm Niedersachsen (LROP) 2017: in der Fassung vom 26. September 2017 (Nds. GVBl. S. 378), geändert durch Verordnung vom 7. September 2022 (Nds. GVBl. S. 521)
- Baunutzungsverordnung (BauNVO): *Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke*, in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 14. Juni 2021 (BGBl. I S. 1802)
- Planzeichenverordnung (PlanzV 90): in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Dezember 1990, zuletzt geändert durch Gesetz vom 04.05.2017 (BGBl. I S. 1057)
- Niedersächsische Bauordnung (NBauO): vom 03. April 2021, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 10. November 2020 (Nds. GVBl. S. 384)
- Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG): vom 17. Dezember 2010, zuletzt geändert Art. 1 des Gesetzes vom 13. Oktober 2021 (Nds. GVBl. S. 700).
- Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz – BNatSchG) vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18.08.2021 (BGBl. I S. 1666).
- NAGBNatSchG - Niedersächsisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz - Niedersachsen - vom 19. Februar 2010, zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 11. November 2020 (Nds., GVBl. S. 451)
- Niedersächsisches Wassergesetz (NWG) vom 19. Februar 2010, zuletzt geändert Art. 10 des Gesetzes v. 10. Dezember 2020 (Nds. GVBl. S. 477)
- Niedersächsisches Denkmalschutzgesetz (NDSchG) vom 30. Mai 1978, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Denkmalschutzgesetzes vom 26. Mai 2011 (Nds. GVBl. S. 135).

Quellen

ARBEITSGEMEINSCHAFT COPRIS (2022): Untersuchung zum Zweck der artenschutzrechtlichen Risikobewertung durch Fällung, Gehölzentfernung sowie Pflege- und Entwicklungsschnitte. Stand: 11.09.2022

ARBEITSGEMEINSCHAFT COPRIS (2022): Vermerk zum Abriss des Gebäudes auf dem Gelände der KiTa in Hüpede. Stand: 06.01.2023

BfN - BUNDESAMT FÜR NATURSCHUTZ (2019): Verbreitungskarten mit den Verbreitungsgebieten der Pflanzen- und Tierarten der FFH-Richtlinie

DGHT - DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR HERPETOLOGIE UND TERRARIENKUNDE e.V. (2018): Verbreitungsatlas der Amphibien und Reptilien Deutschlands. Arbeitsgemeinschaft Feldherpetologie & Artenschutz der DGHT, URL: <http://www.feldherpetologie.de/atlas/> (Zugriff 06.12.2018)

DRACHENFELS, O. v. (2021): Kartierschlüssel für Biotoptypen in Niedersachsen unter besonderer Berücksichtigung der gesetzlich geschützten Biotope sowie der Lebensraumtypen von Anhang I der FFH-Richtlinie, Stand März 2021. Naturschutz Landschaftspflege Niedersachsen, S. 1-336, Hannover

GARVE, ECKHARD (2004): Rote Liste und Florenliste der Farn- und Blütenpflanzen in Niedersachsen und Bremen.

GELLERMANN & SCHREIBER (2007): Schutz wildlebender Tiere und Pflanzen in staatlichen Planungs- und Zulassungsverfahren, in Schriftenreihe Natur und Recht, Band 7.

NIEDERSÄCHSISCHE MINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND VERBRAUCHERSCHUTZ (2017): Landes-Raumordnungsprogramm Niedersachsen 2017

NLWKN (2011): Vollzugshinweise für Arten und Lebensraumtypen, Teile 1-3 – Niedersächsische Strategie zum Arten- und Biotopschutz. – Hrsg. Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz

Verfahrensvermerke

Die vorstehende Begründung gehört zum Inhalt der 2.Änderung des Bebauungsplanes Nr. 406 „Hohes Holzfeld“ und 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 408 „Vor dem Dammfeld“, der sich aus der Planzeichnung nebst den textlichen Festsetzungen und beigelegter der Begründung zusammensetzt.

Die 2.Änderung des Bebauungsplanes Nr. 406 „Hohes Holzfeld“ und 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 408 „Vor dem Dammfeld“, die Begründung sowie der Umweltbericht dazu wurden von der Sweco GmbH ausgearbeitet.

Hannover, den 28.03.2023

gez. i.V. A. Derksen

(i.V. A. Derksen)

Die Begründung der 2.Änderung des Bebauungsplanes Nr. 406 „Hohes Holzfeld“ und 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 408 „Vor dem Dammfeld“ hat gem. § 3 Abs. 2 BauGB vom 05.12.2022 bis einschließlich 05.01.2023 öffentlich ausgelegt.

Der Rat der Stadt Pattensen hat nach Prüfung der Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB der 2.Änderung des Bebauungsplanes Nr. 406 „Hohes Holzfeld“ und 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 408 „Vor dem Dammfeld“ in seiner Sitzung am 23.03.2023 gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen. Die Begründung wurde gebilligt.

Pattensen, den **08.05.2023**

gez. Schumann

L.S.

(Die Bürgermeisterin)